

3. Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern

Als wichtigste Einkommensquelle und zentraler Bereich sozialer Integrationsprozesse ist die Erwerbstätigkeit von elementarer Bedeutung für die Lebenssituation von Frauen und Männern. Neben ihrer instrumentellen Funktion der Existenzsicherung entscheidet die Erwerbsarbeit in ihrem Einfluss auf die Sozialkontakte und den sozialen Status nicht nur über die wirtschaftliche, sondern auch über die soziale Stellung und Situation von Frauen und Männern.

Andererseits gehen mit Nichtarbeit - also Arbeitslosigkeit - Prozesse der Desintegration und Ausgliederung aus der Gesellschaft einher. Unter diesem Aspekt wird die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu einem zentralen Tatbestand für die konkrete Lebenslage von Frauen und Männern.

Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten Entwicklungen im Bereich der Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen betrachtet¹.

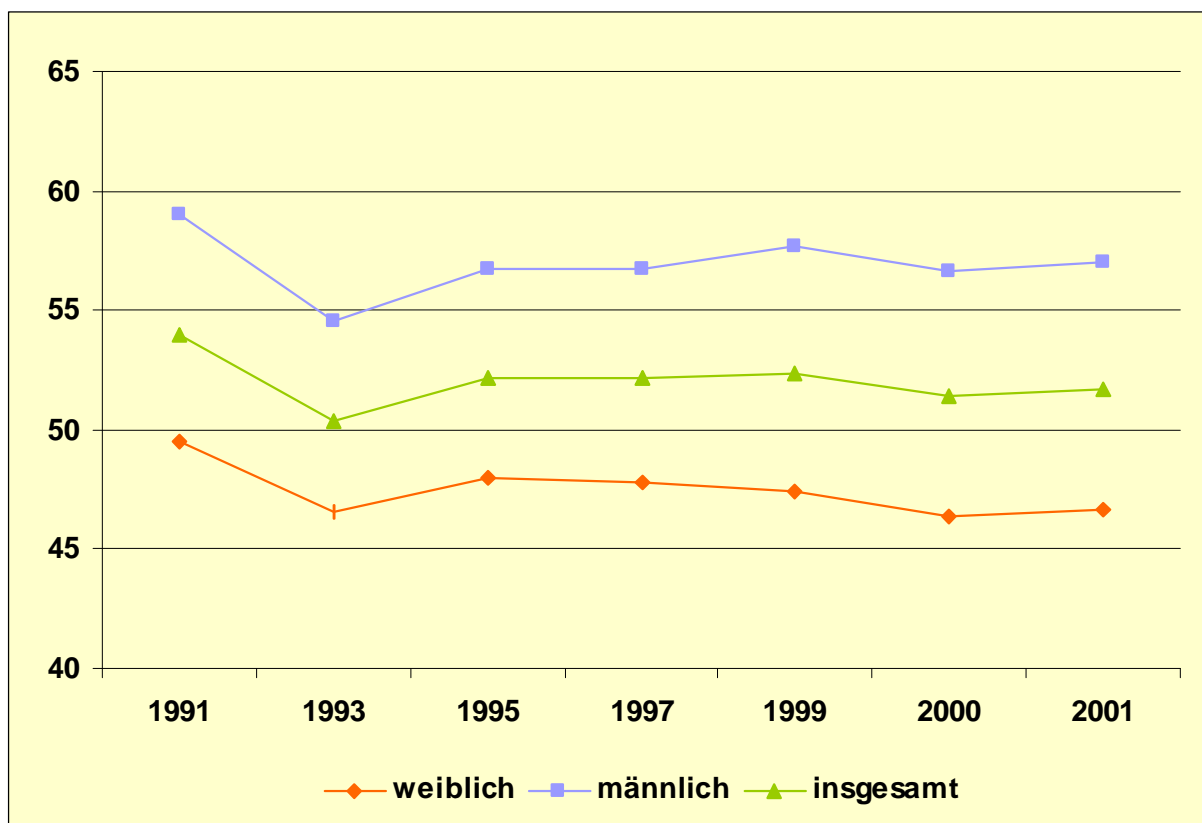
3.1 Beteiligung am Erwerbsleben

Belief sich die Zahl der Erwerbspersonen im Jahr 1991 noch auf 1.544.700, so ging sie bis zum Jahr 2001 – infolge hoher Fortzugszahlen, vor allem in Jahrgängen im erwerbsfähigen Alter, großzügigen Vorruhestandsregelungen und einer ungünstigen Altersstruktur – bis zum Jahr 2001 um rund 197.500 Erwerbspersonen auf 1.347.200 zurück. Die Erwerbsquote, also der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung, fiel von 54 Prozent im Jahr 1991 auf 51,7 Prozent im Jahr 2001. Insbesondere die Erwerbsquote der Frauen, die bereits 1991 um 7,4 Prozentpunkte unter jener der Männer lag, ging dabei stärker zurück und erreichte mit 46,7 Prozent im Jahr 2001 einen um 10,3 Prozentpunkte geringeren Wert als die Erwerbsquote der Männer (57,0 Prozent).

Sachsen-Anhalt weist damit im Vergleich mit den neuen und den alten Bundesländern die geringsten Erwerbsquoten sowie die geringste Erwerbsdichte auf. Im Jahr 2001 kamen nur 397,7 Erwerbstätige auf je 1.000 EinwohnerInnen, während der Durchschnitt in den westlichen Bundesländern 481 und in den östlichen Bundesländern 420,6 Erwerbstätige je 1.000 EinwohnerInnen betrug.

¹ Zu den *Erwerbstätigen* zählen Personen, die einem Erwerb nachgehen, unabhängig, ob sie davon ihren überwiegenden Lebensunterhalt bestreiten bzw. ob es sich um eine hauptberufliche Tätigkeit oder Nebentätigkeit handelt. *Erwerbslose* sind Personen, ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen. Gemeinsam mit den Erwerbstätigen bilden sie die *Erwerbspersonen*. Der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung wird als *Erwerbsquote* bezeichnet, aus der jedoch nicht die aktive Teilnahme am Erwerbsleben ersichtlich ist, da in die Erwerbsquote auch die sich um eine Arbeitsstelle bemühenden Erwerbslosen einbezogen sind. *Nichterwerbspersonen* sind Personen, die zur Zeit keinerlei auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen.

Diagramm 1: Entwicklung der Erwerbsquoten (Zeitraum 1991 – 2001)



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, (Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung insgesamt)

Die Zahl der Erwerbstätigen, die seit 1991 um 323.000 Personen zurückging, fiel mit 1.059.500 auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Während sich die Zahl erwerbstätiger Männer von 735.200 im Jahr 1991 auf 582.600 im Jahr 2001 verringerte und damit um ca. ein Fünftel abnahm, war dieser Rückgang bei Frauen mit mehr als einem Viertel deutlich stärker (vgl. Tabelle 1). Ihren Niederschlag findet diese Entwicklung auch darin, dass sich der Anteil der Männer an allen Erwerbstätigen von 53,2 Prozent im Jahr 1991 auf 55,0 Prozent im Jahr 2001 erhöhte bzw. der Frauenanteil von ca. 47 Prozent auf 45 Prozent fiel. Der Anteil der erwerbstätigen Frauen an der weiblichen Bevölkerung ging von 43,1 Prozent auf 35,6 Prozent zurück, während sich der Anteil erwerbstätiger Männer an der männlichen Bevölkerung im Zeitraum von 1991 bis 2001 von 54,1 Prozent auf 46,0 Prozent verringerte.

Der Anteil der erwerbslosen Frauen an den weiblichen Erwerbspersonen belief sich im Jahr 2001 auf 23,8 Prozent (bei erwerbslosen Männern auf 19,2 Prozent), was bezogen auf beide Geschlechter eine Verdopplung gegenüber dem Jahr 1991 darstellt. Unter den Erwerbslosen überwog bis zum Jahr 2001 stets der Frauenanteil, wobei sich die Proportionen jedoch deutlich zugunsten der weiblichen Erwerbslosen verschoben.

Tabelle 1: Entwicklung der Erwerbstätigen (Zeitraum 1991 – 2001)

Jahr	weiblich		männlich		gesamt	
	1.000	%	1.000	%	1.000	%
1991	647,0	46,8	735,2	53,2	1.382,3	100,0
1993	514,4	44,5	642,8	55,5	1.157,2	100,0
1995	520,5	44,2	657,7	55,8	1.178,3	100,0
1997	494,5	44,7	610,8	55,3	1.105,2	100,0
1999	482,8	44,3	605,9	55,7	1.088,7	100,0
2001	477,0	45,0	582,6	55,0	1.059,5	100,0

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt und eigene Berechnungen

Tabelle 2: Entwicklung der Erwerbslosen (Zeitraum 1991 – 2001)

Jahr	weiblich		männlich		gesamt	
	1.000	%	1.000	%	1.000	%
1991	95,0	58,5	67,4	41,5	162,4	100,0
1993	161,2	64,6	88,4	35,4	249,7	100,0
1995	162,9	62,7	97,1	37,3	260,0	100,0
1997	175,1	56,1	137,2	43,9	312,4	100,0
1999	166,9	54,1	141,4	45,9	308,3	100,0
2001	148,8	51,7	138,9	48,3	287,6	100,0

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt und eigene Berechnungen

Tabelle 3: Entwicklung der Nichterwerbspersonen (Zeitraum 1991 – 2001)

Jahr	weiblich		Männlich		gesamt	
	1.000	%	1.000	%	1.000	%
1991	757,8	57,6	556,8	42,4	1.314,6	100,0
1993	774,2	55,9	610,6	44,1	1.384,8	100,0
1995	739,9	56,3	575,3	43,7	1.315,1	100,0
1997	729,8	56,1	570,7	43,9	1.300,5	100,0
1999	722,2	56,8	548,3	43,2	1.270,5	100,0
2001	712,8	56,7	544,9	43,3	1.257,7	100,0

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt und eigene Berechnungen

Waren von allen Erwerbslosen 1991 noch 58,5 Prozent Frauen, so lag dieser Anteil im Jahr 2001 nur noch bei 51,7 Prozent, eine Situation, die vor allem auf den Rückgang der Erwerbslosenzahlen von Frauen seit 1997 zurückzuführen ist, während die Zahl erwerbsloser Männer in dieser Zeit nahezu unverändert blieb (vgl. Tabelle 2). Obwohl sich die Zahl der Nichterwerbspersonen von 1991 bis 2001 von 1.314.600 auf 1.257.700 verringerte, erhöhte sich ihr Anteil an der Bevölkerung von 46 Prozent auf 48,3 Prozent (vgl. Tabelle 3).

Der Anteil weiblicher Nichterwerbspersonen an allen Frauen fiel von 55,5 Prozent leicht auf 53,2 Prozent, während er sich bei Männern von 41,0 Prozent auf 43,0 Prozent erhöhte, damit aber immer noch um mehr als 10 Prozentpunkte unter dem Wert der Frauen lag.

Die dargestellten Daten zur Erwerbsbeteiligung belegen eindrucksvoll, die ungünstigere und z.T. im Zeitverlauf verschlechterte Situation von Frauen. Die eingeschränkten Chancen von Frauen zur Teilhabe an Erwerbstätigkeit und damit am gesellschaftlichen Leben insgesamt werden nicht selten mit der gegenwärtig signifikant höheren Erwerbsbeteiligung und -orientierung von Frauen im Osten in Verbindung gebracht, die u.a. daran deutlich wird, dass die Erwerbsquote von Frauen in Sachsen-Anhalt im Jahr 2000 noch um mehr als 11 Prozent über derjenigen von Frauen in den alten Bundesländern lag. Die in diesem Zusammenhang öfter vertretene These einer zu erwartenden Angleichung der Erwerbsorientierung ostdeutscher Frauen an diejenige von Frauen im Westen geht dabei häufig mit der Aussage von einer künftig angeblich stärkeren Konzentration der Ost-Frauen auf die Rolle als Mutter und Hausfrau einher, d.h. mit einer Rollenzuweisung im Sinne einer weiteren Verstärkung der ohnehin bereits gegebenen überdurchschnittlichen Belastung von Frauen mit Aufgaben und Pflichten im Rahmen der Familienarbeit. Obwohl derartige Erklärungsmuster einen „bequemen Weg“ zur Lösung ostdeutscher Arbeitsmarktprobleme suggerieren, muss solchen Ansätzen sowohl aus gleichstellungs- als auch aus gesellschaftspolitischer Sicht widersprochen werden. Angesichts der Tatsache, dass sich die Stellung der Frau - wie auch die jedes Mannes - in der Gesellschaft gegenwärtig wesentlich über die (Berufs-)Arbeit definiert, würde eine Politik, die dieser Argumentation folgt, längerfristig eine soziale „Abseits-Position“ von Frauen in der Gesellschaft zementieren und hinsichtlich der gesellschaftlichen Nutzung des vorhandenen Humanpotenzials eine Verstärkung dysfunktionaler Strukturen zur Folge haben.